

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 12.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter Streifenband besorgen wir: Zentralblatt, Tages- und Sonntags- und Fremdenblätter sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 70.— Mk., für das übrige Ausland 94.— Mk.

Die abgehaltene Konferenz der Arbeiterparteien über den Raum sollte 18.— Mk., einschließlich Interkontinentale, kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Interkontinentale laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: 152 20—152 20

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um was es geht!

Sum heutigen Prozeßbeginn gegen die Sozialrevolutionäre

„Was für ein revolutionäres Ereignis sich begeben hat, das mag sich in Wirklichkeit zu als das 2. kommunistische. 1. April 1922, 18. Brumaire.“

Alle Nachrichten aus Rußland vermelden übereinstimmend, daß vor dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen in bezug auf die Konzeptionspolitik und die Genua-Konferenz in den Hintergrund getreten seien. Gleichzeitig mit diesen Meldungen aber wird mitgeteilt, daß das neue russische Strafgesetzbuch mit dem heutigen Tage in Kraft tritt, daß ferner ein neues Steuerprogramm und eine Reihe wichtiger Konzeptionsverhandlungen mit ausländischen Kapitalisten ihre Vollendung entgegensehen. — Das „Volk“ erwartet stundenlang auf den Bahnhöfen die Verteidiger der Angeklagten, um sie mit Pfeifen und Niederrufen zu empfangen. Währenddem arbeitet die bolschewistische Staatsmaschine fieberhaft, um den ökonomischen Konzeptionen den entsprechenden politischen und juristischen Ueberbau zu geben, d. h. das notwendige Korrelat an politische Konzeptionen gesehlich festzulegen. Das aufgehegte „Volk“ — man weiß ja, wie von den Bolschewisten Volksstimmung gemacht wird — und der Prozeß sind die Kulisse; Straßkordex, Steuern und politische Konzeptionen an die Kapitalisten aber die eigentliche geschichtliche Bühne. Das aber, was vor den Kulissen und auf der Bühne vorgeht, das ist die furchtbare Tragik der russischen Revolution, eine Tragik, die der der heidenhaften Kommunarden von 1871 nicht unähnlich ist.

Es ist das Bauern- und Kleinbürgertum, das den Bolschewiki und den Kommunarden gleichermaßen zum Verhängnis wurde. Der Unterschied ist nur der, daß die Kommunarden, so wie sie waren und standen im Kampfe gegen Kleinbauern und Kleinbürger fielen, im ruhmreichen Tode noch das Wort auf den Lippen: „Nieder mit der Bourgeoisie! Es lebe der Sozialismus!“ Als jedoch in Rußland nach dem Siege über den gemeinsamen Feind der Arbeiter und Bauern — dem zaristischen Feudalismus — die Bauern ihre eigenen und besonderen Interessen anmeldeten und ihre Berücksichtigung verlangten, da war das russische Proletariat zermürbt, geschlagen, weniger auf dem Kriegsschauplatz, als durch die innere Politik der Bolschewiki. Die sozialistische Arbeiterbewegung mußte größtenteils illegal leben, die Gewerkschaften waren Anhängel und Werkzeug der bolschewistischen Parteidiktatur. Eine freie, in sachlichen Meinungskämpfen gesuchte und herangebildete sozialistische Arbeiterbewegung fehlte. Und so kam es, daß den neuen kapitalistischen Schichten, den russischen Bauern, Kampflust vom Proletariat das Feld geräumt wurde. Die Bolschewiki schlugen sich auf die Seite der Bauern und verkündeten den „Neuen Kurs“ und „ökonomische Konzeptionen“. Aber hinter den eigentumsfanatischen Bauern steht die gesamte kapitalistische Gesellschaftsschicht, das Industrie- und Finanzkapital, die Handelsbourgeoisie und die Schwerindustrie. Und so blieb es weder bei der Naturalienkonzeption an die Bauern, noch bei der „ökonomischen Konzeption“ allein. Die wirtschaftlichen Konzeptionen wurden immer umfangreicher und mit ihnen, in ihrem Gefolge, kamen und kommen immer mehr die politischen Konzeptionen an den Kapitalismus. — Die Kommunarden kämpften gegen ihre Feinde; die Bolschewiki indes gaben ihren Feinden nach, ja sie lieferten sich ihnen vollkommen aus: zunächst auf das Proletariat gestützt, ließen die Bolschewiki die Arbeiterklasse im Stich und stützten sich fortan auf die antisozialistischen Bauern. Die „Diktatur des Proletariats“ ist heute in Rußland nur die Fassade eines vollkommen kapitalistischen Regierungskurses, etwa so, wie die „sozialistische Republik“ Scheidemanns nur das Aushängeschild für Roskes „Goldentaten“ war.

Diese Wendung des bolschewistischen Regierungskurses muß man sich in allen ihren Konsequenzen vor Augen halten, wenn man zu einer richtigen politischen Würdigung des erbitterten Kampfes der Bolschewiki gegen die anderen sozialistischen Parteien kommen will. Nachdem die Bolschewiki eine Bauernregierung geworden sind, bleibt ihnen die politische Rolle ihrer neuen kapitalistischen Politik nicht erspart. Die Bolschewiki müssen, ob sie wollen oder nicht, als Beauftragte der Bauern Stellung nehmen gegen alles, was gegen die kapitalistische Entwicklung verstoßt.

Rehraus im Reichstag

Um die Reparationsnote

Der Reichstag ist gestern in die Pfingstferien gegangen. Vorher hat er noch eine Anzahl wichtiger sozialpolitischer Beschlüsse erledigt. Beinahe wäre es noch zu einem Weltertag des „Hohen Hauses“ am heutigen Tage gekommen. Die Deutsche Volkspartei nahm die Veröffentlichung der deutschen Reparationsnote zum Vorwand, sofort eine neue Sitzung des Reichstags zu fordern. Becker-Hessien behauptete bei der Begründung des Antrags, daß die Note eine Preisgabe der deutschen Souveränitätsrechte enthalte, von der die Regierung bisher nichts mitgeteilt hätte. Genosse Dittmann erkannte die Wichtigkeit der Frage an, forderte aber die Verschiebung einer neuen Sitzung auf den heutigen Tag, um den Fraktionen erst Gelegenheit zur Prüfung der Note zu geben. Grundsätzlich stimmte man dem zu, folgte aber dem Vorschlag der Abgeordneten Müller-Franken und Lecht, die Situation zunächst einmal im letzten Augenblick zu besprechen. Dort stellte sich dann heraus, daß die Behauptung des Herrn Becker falsch war, daß die Sätze der Note über die Einschränkung der deutschen Finanzhoheit im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages bereits mitgeteilt worden sind, also keine neue Situation vorlag.

Unterbreitete wurde Auskunft verlangt, wie die Regierung sich die Ausführung der in der Note versprochenen Maßnahmen (Steuern und Anleihegarantien) denke. Der Reichsfinanzminister erklärte, daß die Regierung während der mit der Reparationskommission schwebenden Verhandlungen weder dem Auswärtigen Ausschuss noch dem Plenum weitere Mitteilungen machen könne, um die Verhandlungen nicht zu gefährden. Es gab jetzt zwei Möglichkeiten, vorzugehen. Einmal konnte der Reichstag trotz der Weigerung der Regierung die Besprechung beschließen und die Note desavouieren. Das hätte eine homogene Mehrheit vorausgesetzt, die nicht nur hätte bereit sein müssen, die Regierung zu stürzen, sondern auch willens, selber eine neue Regierung zu bilden. Eine solche Mehrheit gab es nicht. Deshalb blieb nur der zweite Weg übrig, der vom Genossen Crispian vorgeschlagen wurde: von der jetzigen Regierung zu fordern, dem Reichstage Rede und Antwort zu stehen, sobald es der Gang der Verhandlungen gestattet, möglichst noch vor dem für den Wiederzusammentritt des Reichstags ins Auge gefaßten Zeitpunkt. Darauf einigten sich die Parteien mit Ausnahme der beiden Rechtsparteien und der Kommunisten im Ältestenausschuss und im Plenum. Um die Regierung zur schleunigen Antwort zu zwingen, brachte unsere Fraktion außerdem sofort noch eine Interpellation ein, in der sie Auskunft über die Steuerpläne und die Anleihegarantien verlangt.

Und da die sozialistische Arbeiterschaft gegen die kapitalistischen Schichten ankämpfen muß, um ihre Interessen zu wahren, so werden die Bolschewiki gegen die sozialistische Arbeiterbewegung Stellung nehmen müssen. Es ist daher auch erklärlich, daß in Moskau von dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre soviel Aufsehen gemacht wird und daß Lenin jeden Menschen erschoffen haben will, der die Bolschewiki als kapitalistisch denunziert. So ist der verschärfte Kampf der Bolschewiki gegen alle sozialistischen Regierungen des Proletariats zwangsläufig das politische Ergebnis der „ökonomischen Konzeptionen“.

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre ist aber nicht allein eine politische Konzeption an die Konterrévolution. Er kommt auch gleichzeitig den Bolschewiki sehr gelegen. Bei ihrem heutigen Regierungskurs ist jede Regierung des Proletariats nach politischer Bewegungsfreiheit für die Bolschewiki als Regierungspartei besonders gefährlich. Wer heute in Rußland gegen die diktatorischen Maßnahmen der Bolschewiki ankämpft, der sammelt und gewinnt die Arbeiter und reißt den Phrasenscheiter von der wahren Politik der Kommunisten. Eine wiedererwachende und sich sammelnde Arbeiterklasse, die um ihre Klasseninteressen kämpft, das wäre der Tod der Bolschewiki-Partei. Von den Bauern droht den Bolschewiki keine Gefahr, denn sie sind eine Bauern-Regierung. Die einzige Gefahr droht von seiten der Arbeiterklasse, gegen die die Bolschewiki daher mit ihrer ganzen Macht ankämpfen. Das ist der eigentliche Sinn des ganzen Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre.

Bei der Abstimmung über das deutsch-dänische Mißtrauensvotum gab Genosse Crispian eine formulierte Fraktionserklärung ab, in der die deutsch-nationale Demagogie scharf gegeißelt, unsere Ablehnung begründet und zugleich unsere Stellungnahme zur Reparationsfrage vorbehalten wird.

Sitzung vom Mittwoch, den 31. Mai 1922.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min. Die Genehmigung zur Strafverfolgung resp. zur Vernehmung als Zeugen der Abgeordneten Bruhn (D. Vp.), Peim (B. Vp.), Thomas (R. Vp.) und Hoffmann (S. Vp.) wird gemäß dem Antrag des Geschäftsausschusses nicht erteilt.

Bei der Beratung über den deutsch-dänischen Vertrag zur Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Norddänemark auf Dänemark entstehenden Fragen führt der Reichsfinanzminister aus: Der Vertrag ist das Ergebnis von Verhandlungen, die mit Dänemark infolge des Versailler Friedensvertrages stattfinden mußten. Bei den Verhandlungen mußte die deutsche Regierung ihre Aufgabe darin erblicken, auf der gegebenen Grundlage Erleichterungen für die ehemals deutsche Bevölkerung zu erreichen. Die dänische Regierung hat den Weg der gerechten Verständigung als zweckmäßig erkannt.

Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten lassen durch ihre Redner erklären, daß sie dem Vertrag zwar zustimmen, jedoch auf den Tag hoffen, da die jetzt an Dänemark gelommenen deutschen Gebiete wieder an Deutschland zurückgegeben werden.

Abg. Dreißweid (M. S. P.): Meine Fraktion wird dem vorliegenden Vertrag zustimmen. Von allen Verträgen, an denen wir unter dem Druck des versauer Friedens gezwungen waren, ist derjenige, der die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark verlegt hat, wohl der am wenigsten schmerzliche gewesen und auch derjenige, der am wenigsten Schwierigkeiten bereitet hat. Das hängt nicht zum geringsten Teil damit zusammen, daß Dänemark es auf der Gegenseite mit einem hochstehenden Kulturvolk zu tun hat. Wir sind ganz einverstanden damit, daß jetzt in Befolgung des Friedensvertrages eine Reihe von Verträgen mit anderen Staaten durchgesetzt werden, wir bedauern aber, daß der Winderbeitsschutz für beide Seiten der deutsch-dänischen Grenze nicht vertragsmäßig festgelegt worden ist. Der Widerstand der dänischen Regierung gegen eine solche vertragsmäßige Festlegung ist sehr bedauerlich. Wir hoffen jedoch, daß in Zukunft ein solcher Winderbeitsschutz noch möglich sein wird; ist das aber nicht der Fall, so verlangen wir, daß beide beteiligten Regierungen autonom alles tun werden, um den Bevölkerungsminderheiten ihre berechtigten Ansprüche zu gewähren. Wir können feststellen, daß in Dänemark das schon in weitem Maße geschieht, hauptsächlich in der Schulfrage der deutschsprachigen Kinder. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch von deutscher Seite den Kindern der dänischen Bevölkerung bezüglich ihrer Beschulung das größte Entgegenkommen gewährt wird. Wir hoffen, daß auch durch die neuesten Abmachungen die guten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen und der dänischen Bevölkerung weiterhin gestärkt werden. Wir halten uns jedoch frei von der von allen Rednern geäußerten

Es mag dahingestellt bleiben, ob alles das, was in der Anklage der Bolschewiki den Sozialrevolutionären vorgeworfen wird, stimmt. Das mag die Gerichtsverhandlung erweisen. Aber geradezu grotesk will es uns erscheinen, daß ausgerechnet die Bolschewiki die Sozialrevolutionäre als Konterrévolutionäre beschimpfen, obwohl sie nicht nur ihr Agrarprogramm vollständig übernommen haben, sondern jetzt draus und draus sind, es immer mehr kapitalistisch zu gestalten. Es liegt uns auch fern, uns mit dem politischen Programm sowie den Methoden der Sozialrevolutionäre zu identifizieren. In einem treffen wir jedoch mit ihnen zusammen, nämlich in der Forderung nach freier politischer Betätigung des Gesamtproletariats Rußlands, weil die Demokratisierung des politischen Lebens der russischen Arbeiterklasse überhaupt erst die Möglichkeit gibt, wieder stark zu werden und sich gegen den neu aufstrebenden Kapitalismus zu wehren. Wie dem auch sei: Wir sprechen den Bolschewiki von heute jedes Recht ab, „im Interesse der Revolution“ über „Konterrévolutionäre“ Taten von 1918 (!!) zu urteilen. Damals wäre es vielleicht ein Urteil der Revolution gegen ihre Feinde gewesen. Heute kann es nur sein eine Schreckensjustiz gegen die nach Freiheit lechzende sozialistische Arbeiterbewegung. Es ist dieselbe Justiz, die Thiers und Konjorten gegen die Kommunisten übten. In Rußland haben die Bolschewiki die Rolle Thiers' übernommen und die sozialistischen Arbeiter der Kommune riefen dem Henker Thiers zu: Wir kämpfen, aber ihr mordet!

Erwartung, daß wiederum eine Verringerung der Grenzen zwischen Dänemark und Deutschland eintreten müsse. Kommt das auf dem Wege gegenseitiger Verständigung, so sind wir damit einverstanden. Wir halten die jetzige Zeit jedoch nicht für geeignet, eine solche Erwartung auszusprechen, die drüber so ausgelegt werden könnte, als hätten wir in Deutschland auf den Tag, an dem wir mit Gewalt das zurückerobern werden, was uns durch den Vertrag entzogen wurde. (Beif. Beifall bei den U.S.)

Der Vertrag wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Beder-Hessen (D. Sp.) zur Geschäftsordnung: Meine Fraktion fordert die Besprechung der Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission über die Pariser Verhandlungen, in der die deutsche Regierung sich einer Finanzkontrolle des Auslandes unterwirft. Die Haltung der Deutschen Volkspartei zu dem Mißtrauensantrag der Deutschnationalen wird von der Erklärung der Regierung abhängen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich für unsere Fraktion der Genosse Dittmann beteiligte, wird die Regelung der Frage, ob und wann eine neue Sitzung über die neue Note der Reichsregierung und wann die Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag stattfinden wird, an den Seniorskonvent über wiesen, der sofort während der Plenarsitzung zusammentritt.

Der Gesetzentwurf über die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung wird ohne weitere Debatte angenommen. Bei dem Gesetzentwurf über Grundbesitz und Vorkaufswahl bei den Krankenkassen begründet der

Abg. Reimann (U.S.P.)

einen Antrag, der die Krankengelder wesentlich erhöhen will. Größere Krankenkassen, wie A. B. die Knappschafts-Krankenkasse in Bochum, haben längst erkannt, daß durch die Niedrighaltung der Krankenerlöse weder den Kranken noch den Kassen gedient wird. Von den jetzt bewilligten Unterstützungssätzen kann nicht einmal ein Gesunder leben, viel weniger ein kranker Mensch mit seiner Familie.

Der Antrag der Unabhängigen wird in der Abstimmung abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

In den Gesetzentwürfen über Wochenhilfe und Wochenfürsorge führt

Frau Abg. Remig (U.S.P.)

aus: Unsere Anträge, die wir im vorigen Juli zur Wochenfürsorge gestellt hatten, sind dem 8. Ausschuss überwiesen worden. Dort hat man sich ein wenig unseren Anträgen genähert. Die dort erreichten kleinen Verbesserungen sind jedoch so minimal, daß man sie bei der heutigen Geldentwertung kaum als Verbesserungen auffassen kann. Das Reich befindet sich in außerordentlichen Finanzschwierigkeiten, erklärt die Regierung, für die Technische Nothilfe und für die Reichswehr hat sie aber Geld genug zur Verfügung. Der Schutz den das Reich der Mutter und dem Kind angedeihen läßt, wird sich in späteren Jahren bemerkbar machen. Wir haben alle Urlaube, Mittel für Mutter und Kind bereitstellen, da in unserer Zeit unsere ganzen Hoffnungen auf unserer Jugend ruht. Wir haben heute wiederum Anträge gestellt, die den Wöchnerinnen gewisse finanzielle Erleichterungen bringen sollen. Dadurch, daß man ein Gesetz über die Wochenhilfe und eines über die Wochenfürsorge, die Wochenhilfe für die Versicherten, die Wochenfürsorge für die Bedürftigen geschaffen hat, schafft man von vornherein Wöchnerinnen zweier Kategorien. Alle Frauen, die der Fürsorge bedürfen, müssen erlitten werden. Die Schwangeren sind die Trägerinnen der Nation. Wir haben die Pflicht, ihnen zu helfen. Wir werden weiter dafür kämpfen und arbeiten, bis wir dem Kind und der Mutter das geben haben, was zu ihrer Erhaltung und Gesundheit notwendig ist.

Die Anträge der Unabhängigen Fraktion werden mit Hilfe der Reichssozialisten abgelehnt.

Die Gesetzentwürfe werden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei der Beratung des interfraktionellen Gesetzentwurfes über Verringerung von Geldbeiträgen in der Sozialversicherung verlangt Abg. Karsten (U.S.P.), daß die Regierung im Sommer Gelegenheit nehmen müsse, den Invalidenrentnern eine Erhöhung ihrer künftigen Bezüge zu geben. — Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

In zweiter und dritter Lesung werden ohne wesentliche Debatte angenommen: das Gesetz über die Soldatenversicherung und der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen. Die Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung (Volksabstimmung) wird auf die erste Sitzung nach den Sommerferien vertagt.

Das Reichsknappschaftsgesetz wird an den Sozialen Ausschuss überwiesen. Die Petitionsberichte der Ausschüsse für die Petitionen, für die Volkswirtschaft, für soziale Angelegenheiten, für das Wohnungswesen und für Beamtenangelegenheiten werden debattelos genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. — Es folgt die Entscheidung über die eventuelle Besprechung der Regierungsnote.

Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Nach Pressemitteilungen haben die Verhandlungen der Regierung mit der Reparationskommission zu einem Ergebnis geführt. Ist die Regierung bereit, über folgende Fragen Auskunft zu geben:

1. Welches sind die Abmachungen der deutschen Regierung mit der Reparationskommission?
2. In welcher Weise gedenkt die Regierung ihre Abmachungen mit der Reparationskommission, soweit sie das Steuergebiet betreffen, durchzuführen?
3. Will die Regierung bei etwaigen neuen steuerlichen Maßnahmen eine weitere Belastung der arbeitenden Klassen und einen Abbau der sozialen Fürsorge, insbesondere der Arbeitslosenfürsorge und des Achtstundentages vermeiden?

Zu der Frage, ob die Besprechung der neuesten Regierungsnote schon heute, wie es ein deutschnationaler Antrag verlangt, vorgenommen wird, ist ein Antrag Crispian (U.S.P.) eingebracht, der fordert, eine Sitzung des Reichstags ist dann einzuberufen, wenn der Kanzler weitere Mitteilungen über die Ausführungen der übergebenen Note machen kann. Der Antrag Crispian wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen angenommen. Somit ist der Antrag Beder-Hessen (D.S.P.) erledigt, der deutschnationale Mißtrauensantrag kommt zur Abstimmung.

Genosse Crispian gibt für unsere Fraktion folgende

Erklärung

ab: „Der Antrag der deutschnationalen Volkspartei geht mit keinem Wort sachlich ein auf die von der Regierung abgegebene Erklärung. Er vertritt deutlich die nationalsozialistische Agitation über die Vertreter jener am 9. November 1918 gestürzten Mächte, die für den Krieg und für den Versailler Vertrag verantwortlich sind. Wir lehnen den Antrag der Deutschnationalen Volkspartei ab, weil wir ihrem dämmerigen Treiben weder direkt noch indirekt Vorschub leisten wollen.“

Die Erklärung der Regierung enthält nur allgemeine Mitteilungen, ohne konkret auf die einzelnen Fragen einzugehen. Durch den Redner unserer Fraktion haben wir unserer Ansicht über die Erklärung der Regierung Ausdruck gegeben. Wir behalten uns vor, die Regierung über die Fortführung ihrer Reparationspolitik zu interpellieren und sodann zur Haltung der Regierung zu den gegenwärtig in Paris schwebenden Verhandlungen Stellung zu nehmen.“

Abg. Gergt (Dn.) verliest eine Erklärung, die besagt, daß das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen Fraktion durch die heute erfolgte Veröffentlichung der Note an die Reparationskommission eine erhebliche Bedeutung gewonnen habe, daß der Regierung das Fortschreiten auf ihrem unheilvollen Wege unmöglich gemacht werden müsse, daß durch die Annahme des Mißtrauensantrages der Weg zur völligen Umgestaltung der deutschen Außenpolitik freigemacht würde. — Abg. Beder-Hessen (Sp.) erklärt unter großem Beifall der Deutschnationalen, daß seine Fraktion, da eine sofortige Besprechung der Note durch die Annahme des unabhängigen Antrages unmöglich gemacht sei, nunmehr für das deutschnationale Mißtrauensvotum stimmen würde.

Abg. Höllein (K.P.): Wir protestieren gegen die Art, wie in der demokratischen Republik die Grundzüge des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie von der Regierung mit Füßen getreten werden. Wir haben einen Änderungsantrag zu dem deutschnationalen Antrag eingebracht.

Wird unser Änderungsantrag abgelehnt, so stimmen wir für den deutschnationalen Mißtrauensantrag.

Nachdem Abg. Leicht (D. Sp.) den Mißtrauensantrag für seine Fraktion abgelehnt hat, fällt in der Abstimmung der kommunistische Änderungsantrag, da er nicht genügend unterstützt ist. Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und sechs Kommunisten abgelehnt.

Der Präsident Lohde erklärt, daß er, sowie der Reichskanzler nähere Mitteilungen über die Ausführung der Note machen kann, den Reichstag zusammenberufen werde, jedoch nicht später als am 13. Juni.

Schluss der Sitzung: 15 Uhr.

Die Antwortnote

Die deutsche Regierung hat sich in ihrer Note im wesentlichen den Forderungen der Reparationskommission unterworfen. Die Reparationskommission hatte es ihr nicht leicht gemacht. Der mes, der Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei, war aber in seinen Zugeständnissen noch weiter gegangen als der wegen seiner Erfüllungspolitik so oft und heftig angegriffene Reichskanzler.

In der Einleitung der Antwortnote bemerkt die Regierung, die Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen seien befristet, die Zuschüsse für Lebensmittelverbilligung seien im Jahre 1922 von 17,2 Milliarden auf 950 Millionen Mark vermindert, Subventionen und Subsidien seien so weit als es bestehender Verpflichtungen wegen möglich, weggefallen, außerdem seien Streichungen bei den Ausgabeansätzen vorgenommen. Auf diese Weise seien im Haushalt 1922 gegenüber dem von 1921 insgesamt 24,5 Milliarden Mark abgesetzt worden. Außerdem wurden bei den außerordentlichen Ausgaben Ersparnisse von mindestens drei Milliarden Mark in Aussicht genommen.

In der Anlage über den Etat ist dargelegt, daß die Einnahmen auf Grund neu vorgenommener Feststellungen über den Eingang der Steuern einschließlich der Einnahmen aus der Zwangsanleihe gegenüber dem bisherigen Schätzungsergebnis von 115,5 Milliarden Mark einen Mehrertrag von 79,2 Milliarden Mark, also insgesamt 194,7 Milliarden Mark ergeben würden. Die ordentlichen Ausgaben haben sich infolge der Geldentwertung von 99 auf 123,9 Milliarden erhöht. Hiernach würde sich ein Einnehmerschub von 70,8 Milliarden Mark ergeben. Die Ausführung des Friedensvertrages erfordert für das Jahr 1922 insgesamt rund 213 Milliarden Mark, von denen nach Abzug der verfügbaren 70,8 Milliarden noch 142,2 Milliarden zu decken bleiben. Da aber damit gerechnet werden dürfte, daß die vereinbarten Sachleistungen 1922 nicht in Anspruch genommen werden würden, sei eine Verminderung des Gehaltetrages zu erwarten. Daraus komme noch ein Beitrag von 5 Milliarden, der nicht in bar auszugeben werde.

In der Entente-Note ist die Note der deutschen Regierung durchweg wohlwollend aufgenommen. In der deutschen Reichs- und Presse wird natürlich wieder gewaltig gezeiert und die Sache zum zehntenmal so dargestellt, als ob das Elend in Deutschland nicht eine Folge des Krieges, sondern der Erfüllungspolitik sei. Selbstverständlich war von vornherein damit zu rechnen, daß der Zwang des Devisenkaufs die deutsche Valuta zusammenbrechen werde. Aber die auf Gewalt eingestellte Politik der Entente, die da glaubte, durch Diktate Milliarden aus dem Boden stampfen und wenn das nicht gelänge, sie mit Sanktionen und Schwertstreichen aus der deutschen Wirtschaft herbeizubekommen zu können, hätte doch bei der Weigerung der Erfüllung die deutsche Valuta nicht kräftiger erhalten, sondern noch weiter heruntergedrückt. Die Wirkungen ernstlicher Erfüllung hätten konnten erst die Gewaltstreiche drüber von der Notwendigkeit einer Revision der Diktate überzeugen. Es ist in der Tat so gekommen. Mehr als je zuvor ist man davon überzeugt, daß man mit Deutschlands Zusammenbruch, der eine notwendige Folge der Fortsetzung der Erzwingung des Unerfüllbaren wäre, auch die übrigen europäischen Staaten in den Abgrund stößt.

Die deutsche Regierung stellt neue Steuern in Aussicht. Sicher werden die Bestehenden erneut verschoben, die Mittel zur Erfüllung aus der arbeitenden Bevölkerung herauszupressen. Das kann die werktätige Bevölkerung nicht über sich ergehen lassen. Insofern birgt das Erfüllungsprogramm der Regierung, die sich immer als willfährige Dienerin der Kapitalisteninteressen erwiesen hat, auch innere Gefahren, an denen sich auch die kaum gedämpften Flammen der auswärtigen Kämpfe auf neue entfachen würde.

Die deutsche Note und die Reparationskommission

(C. C.) Paris, 31. Mai

Die Reparationskommission tagte heute vor- und nachmittags und prüfte des weiteren die deutsche Antwortnote. Bevor sie einen Beschluß fassen wird, muß ihr noch der Inhalt der Note betr. die deutsche Zwangsanleihe zugehen.

Das Journal des Débats glaubt mitteilen zu können, daß die Reparationskommission die Antwortnote der deutschen Regierung im ganzen als befriedigend be-

trachtet habe. Infolgedessen würde Deutschland das Moratorium weiterhin gewährt werden, sobald gewisse einzelne Punkte in der deutschen Antwort noch „verbessert“ seien.

Frankreich nach dem Haag eingeladen

(C. C.) Paris, 31. Mai.

Der französischen Regierung ging gestern die Einladung der italienischen Regierung zu, auf der Konferenz im Haag zu erscheinen. Die französische Regierung wird in ihrer Antwort an die italienische erklären, daß sie die Konferenz nur unter der Bedingung beschließen könne, daß vorher die Russen ihre Denkschrift vom 11. Mai zurückzögen, und daß von allen Mächten Garantien gegeben werden, politische Fragen im Haag nicht zu erörtern.

Stimmen aus dem französischen Proletariat

„Populaire“ schreibt: Wenn Deutschland tatsächlich der Stimme des Entgegenkommens gefolgt sei, so sei es geschehen, um die Gunk des Bankierauschusses zu gewinnen, der seine Verhandlungen unterbrochen habe, um das Reich bei der Arbeit zu beobachten. Dieses beglückwünscht sich zu dem guten Ausgang der Verhandlungen, will aber dabei nicht vergessen, daß das Problem der Revision des Londoner Zahlungsplanes und im allgemeinen des Versailler Vertrages für die Zukunft bestehen bleibe.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ sagt, man dürfe nicht vergessen, daß eine Solidarität zwischen Gläubigern und Schuldern eine Notwendigkeit sei. Man müsse immer noch die Augen offen halten wegen der zahlreichen Ungelegenheiten, die das rein finanzielle Zugeständnis hinsichtlich der deutschen Zahlungen biete, die wesentlich zu der wirtschaftlichen Unsicherheit in Europa beitragen. Das sei schlimm für die Arbeiter des Versailler Vertrages; das Reparationsproblem werde nach der deutschen Antwort von neuem aufgeworfen.

In der französischen Kammer führte der kommunistische Abgeordnete Cachin aus Anlaß der Genua-Debatte aus: Wenn die Solidarität nicht in die Erscheinung trete, um Europa zu retten, werde man vor einer Katastrophe. So hätten die Reden gelaute, die die Staatsmänner bei Eröffnung der Konferenz von Genua gehalten haben, und trotzdem habe die Konferenz keine Lösung der wirtschaftlichen Hauptprobleme gebracht. Der Abgeordnete spricht darauf von den gegenrevolutionären Operationen und von den Milliarden, die Frankreich für diese Expeditionen aufgewendet habe. Zum Schluss wendet sich Cachin gegen die Rede Poincaré in Bar le Duc und gegen die Gewaltpolitik. Eine militärische Expedition gegen Deutschland wäre nur zum Nutzen der deutschen Großkapitalisten gewesen. Cachin verläßt die Tribüne mit dem Rufe: Nieder der Krieg!

Marcel Sembat legte dar, ein englischer Sozialist habe gesagt, er begreife nicht, daß die französische Kammer nicht den Ernst des Meinungswechsels, der sich in England vollzogen hat, versteht. Ein anderer Engländer habe ihm (Sembat) jüngst in Brüssel erklärt: Wenn wir das Preussentum in Deutschland zerstört haben, so ist ein anderes in Frankreich zurückgeblieben. Jedemal, wenn man ihm von diesen Dingen gesprochen habe, habe er geantwortet, wenn man glaube, daß die Franzosen vom Geiste der Eroberung und des Imperialismus beherrscht seien, täusche man sich, und daß er recht habe, werde dadurch bewiesen, daß man in französischen Kreisen, die keine Politik machten, erkannt gewesen sei, daß nach der Konferenz von Genua überhaupt noch von Krieg gesprochen worden. Er beglückwünschte sich, daß der nicht wieder gutzumachende Fehler der Ruhrbeziehung vermieden werde. Nichts hätte Frankreich in der öffentlichen Meinung mehr geschadet, Sembat, dessen Rede durch viele Zwischenrufe unterbrochen wurde, machte den französischen Regierung schließlich zum Vorwurf, daß sie nur zu einem rein defensiven Ziel gelangt sei; sie hätte die Entwaffnungs- und die Reparationsfrage zur Diskussion zulassen müssen. Die Sozialisten seien hinsichtlich der Reparationen der Meinung, daß Deutschland bezahlen müsse, aber man könne nicht zu gleicher Zeit von Deutschland Bezahlung verlangen und es ruinieren. Frankreich müsse laut erklären, daß es die Absicht habe, mit Deutschland zusammen zu arbeiten.

Das Ergebnis der Wahlen in Ungarn

(Dn.) Budapest, 31. Mai.

Bisher ist das Ergebnis von 136 Wahlbezirken bekannt, in denen 80 Kandidaten der einheitlichen Regierungspartei gewählt wurden. In 36 Bezirken finden Stichwahlen statt, bei denen sich in 10 Bezirken Kandidaten der Regierungspartei gegenüberstehen. Die Opposition hat 16 Mandate errungen. Es hat Ueberraschung erregt, daß die sozialistische Legitimistenpartei Andrássy bisher nicht einmal in einem einzigen Wahlbezirk durchbringen konnte. Auf die Sozialdemokratische Partei, die früher im Reichstag nicht vertreten war, entfielen bisher zwei Mandate; sie kann noch auf mehrere Mandate rechnen, so daß sie die stärkste Oppositionsfraktion werden dürfte.

Die weiteren Wahlgänge finden am 1. und 2. Juni statt.

Das italienisch-russische Abkommen

(Dn.) Rom, 30. Mai.

Der „Tribuna“ zufolge enthält der italienisch-russische Vertrag zehn grundlegende Artikel. Diese sichern: 1. volle Verkehrs- und Handelsfreiheit für Italiener, die sich nach Russland begeben; 2. Meistbegünstigungsbehandlung für Italiener in Russland und Russen in Italien bei der Ausübung industrieller, geistiger und handwerklicher Tätigkeit; 3. demnächstigen Abschluß eines Handelsvertrages; 4. gegenseitige Freiheit des Transithandels; 5. eine Freizone für Russland in Triest und für Italien in den wichtigsten Städten des Schwarzen Meeres; 6. Erleichterungen für den Holzhandel, namentlich aber für den Handel mit italienischen Weinen; 7. Meistbegünstigung zugunsten Italiens für alle Handelszweige; 8. ein Dptilondrecht Italiens auf gewisse Petroleumlagerungen, deren Konzessionen an andere Staaten noch nicht vergeben sind; 9. landwirtschaftliche Konzessionen von ungefähr 100.000 Hektar in der Ukraine und im Kubangebiet, und zwar gegen 25jährigen Pachtvertrag, der nach Ablauf erneuerbar und zu 70 Prozent in natura zahlbar ist; 10. Gültigkeit von Verträgen mit der Sowjetregierung hinsichtlich in Russland.

U.S.P. und Oberschlesien-Abkommen

Nachstehend bringen wir die gestern wegen Raummangels zurückgestellte Reichstagsrede der Genossin Tony Sender zum deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien. Genossin Sender führte aus:

Das vorliegende Abkommen ist die Konsequenz eines Beschlusses, der

wider jede Vernunft und wider Recht

gefällt worden ist. Die Entscheidung der Vorkriegskonferenz vom Oktober vorigen Jahres bedeutet die Trennung von wirtschaftlich zusammenhängenden, der Rohstoffe von ihren Verarbeitungsgebieten, der Wohnungen von Arbeitsstätten, bedeutet aber auch, daß die Menschen wie Ware den betreffenden Ländern zugeteilt worden sind. Dieser Beschluß setzt uns, wie der Kapitalismus (Zurufe rechts) und insbesondere der herrschende Imperialismus verfährt, selbst dann, wenn er im Gewande des Rechts auftritt. Denn diese Entscheidung war der Vorkriegskonferenz vom Völkerbundrat unterbreitet, einer Organisation, die angeblich den Rechtsgedanken vertritt. Tatsächlich sind in diesem Falle wie in allen vorausgegangenen die Fragen der Völker nur vom Machtstandpunkt aus entschieden worden. Wenn wir gegen eine solche Anwendung des Machtstandpunktes protestieren, dann tun wir es nicht nur, wenn er von den Alliierten angewandt wird, sondern wir haben es getan, weil wir wissen, daß er auch vom deutschen Kapitalismus gebraucht wurde, als er noch die Macht dazu gehabt hat. (Rufen rechts, Zustimmung links.) Wir brauchen nur an die Zeit des Krieges zu denken, wo Deutschland in das Königreich Polen selbst geschossen hat und damals nicht daran dachte, diejenigen Polen, die dem deutschen Reichsverband angehören, zu befragen, ob sie zu Polen oder zu Deutschland gehören wollten. (Wachende, Unruhe rechts.) Wir erinnern an die preußische Polenpolitik der Vorkriegszeit. Und wenn in der Aussprache darauf hingewiesen wurde, daß es sich bei Oberschlesien teilweise um Volksteile handelt, die bereits 700 Jahre zu Deutschland gehören, so wird dadurch nur bestätigt, daß es in den 700 Jahren nicht gelungen ist, die Sympathien dieser Bevölkerungsteile ganz zu erwerben, doch eben die Politik gegenüber diesem Volksteile eine falsche gewesen ist. (Unter größere Unruhe verläßt die ganze Rechte den Saal. — Zustimmung links.) Die Entscheidung ist gefallen. Aber ihre Wirkung ist nicht die gleiche auf alle Volksteile. Die Arbeiter haben sich beim Abstimmungsstempel in erster Linie für Deutschland bekannt, während die Großindustriellen in Oberschlesien sehr lange zögert haben, bis sie überhaupt zu einer Stellungnahme kamen. Und wie in der Zeit vor der Abstimmung war, ist in der gleichen Linie nach der Abstimmung wieder aufgetreten. Wie rapid stiegen die Aktien in die Höhe, als die Entscheidung gefallen war, wie rasch ist französisches und englisches Kapital in deutsche Industrieunternehmungen eingebrochen. Ganze Dörfer sind vollkommen von englischem Kapital beherrscht. Der internationale Charakter des Kapitals wirkt sich in vollem Maße aus und

diejenigen, die in Oberschlesien am meisten zu verlieren haben, sind die Arbeiter.

Sie kommen in einen sozial und industriell unentwickeltem Staat, sie werden von ihren deutschen Organisationen losgelöst und müssen ihre Ausbaubarkeit wieder von neuem beginnen.

Wir betrachten die Entscheidung als etwas Gegebenes, da in der kapitalistischen Wirtschaft nicht nach Vernunft, sondern nur den Interessen der Machtsgruppen regiert wird. Wir können den Vertrag als durchaus bestehend bezeichnen. Man hat sich bemüht, erträgliche Beziehungen zu schaffen, den Arbeitern die erworbenen Rechte und die Möglichkeit des Verbleibens in deutschen Organisationsverbänden zu sichern. Wir sind nicht einverstanden mit allen Einzelheiten, insbesondere nicht mit dem Kapitel, das sich mit den Tarifverträgen befaßt. Wir machen jedoch unsere Zustimmung davon nicht abhängig. Wir rufen den Arbeitern drüber zu, die Klust zu überwinden, die die nationalitätliche Verheugung geschaffen hat und zusammenzuwirken, ob deutsche oder polnische Arbeiter, gegen den gemeinsamen Feind, das internationale Kapital. Wir halten unseren Protest gegen die Entscheidung der Vorkriegskonferenz aufrecht.

Schweigen ist Gold

Unsere Kriegsbeher und alldeutschen Annexionisten schreiben sich die Finger wund, um ihre Schuldlosigkeit am Kriege sowohl, als auch an den Folgen des Zusammenbruchs nachzuweisen. Es kommt diesen Herrschaften dabei natürlich weniger auf eine ehrliche Klärung der Schuldfrage an, als auf ein politisches Geschäft für ihre militäristische, imperialistische Propaganda. Dabei tun diese Velden so, als seien sie vollkommen unschuldvolle Lämmer, denen ein großes Unrecht geschieht. So hat erst vor einigen Tagen auf der Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker der Generaldirektor Werner von Siemens-Werken in einer politischen Rede ausgedrückt, daß Deutschland mehr Mut zur Tat haben müsse und deshalb zu fordern sei ein rückhaltloses und verzweifeltes Ausstreten gegenüber der französischen Verheugung und Verleumdung; die Sanktionen seien eine Verhöhnung unerhörter Rechtsbrüche.

Bei aller Gegnerschaft, in der auch wir gegen das Friedensdiktat und gegen die Poincarépolitik stehen, muß aber gerade den Vertretern der Siemens-Werke gesagt werden, daß ihr Verhalten während des Krieges in Nordfrankreich die heutigen Rechtsbrüche der Entente geradezu provoziert hat. So heißt es in einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ Nr. 168 (1919) über Valencennes:

„Im Dezember 1916 fing die Plünderung an. Eine kaiserliche Schatzungskommission, bestehend aus zwei deutschen Industriellen und zwei Offizieren, besuchten unser neues Werk und die Dimensionen aller Teile wurden ausgenommen. Dann kamen Schrotthändler und Deutsche aller Gattungen, zirkulierten in den Werken und suchten sich das Stück aus, das ihnen am besten passen würde. Ein Herr Siemens der Firma Siemens-Schuckert ließ sich inmitten unserer eigenen Gruppenanlage . . . photographieren, um nachher alles fortzunehmen.“

Es wäre nach alledem für die Siemens-Vertreter sehr zu empfehlen, wenigstens jetzt zu schweigen, wo wir das anzukönnen haben, das sie und mit ihren Kriegspflünderungen eingebrockt haben.

Ein General gegen die Dolchstoßlegende

General von Deimling hielt vor einigen Tagen in einer Versammlung der deutschen demokratischen Partei in Lüdingen einen Vortrag, worin er u. a. folgendes ausführte:

„Es gibt aber Deutsche, die dem deutschen Volke vorwerfen, es habe nicht ausgehalten, die sogenannte Dolch-

stoßlegende. Der Zusammenbruch hat viele Ursachen. Die entscheidende Rolle aber hat die ungeheure Uebermacht der Feinde an Menschen und Material und die Auszehrung gespielt. Wir waren einfach fertig, erschöpft; der Bogen war überspannt und mußte reißen. Schuld sind diejenigen, die es nicht zu einem Verständigungsfrieden kommen ließen, als es noch Zeit war. Das deutsche Volk hat seine Schuldigkeit im Weltkrieg bis zum letzten getan. Es sollte sich diese Legende nicht weiter gefallen lassen.“

Besonders die letzte Mahnung scheint uns sehr angebracht zu sein, wenn man bedenkt, mit welcher Frechheit die Kriegsbeher und Alldeutschen heute wieder aufreten, um den verfahrenen Karren noch mehr in den Dreck zu ziehen.

Kautsky zur Einigungsfrage

Im „Vorwärts“ wird ein Auszug aus einem 18 Seiten langen Artikel abgedruckt, den Kautsky in Breitsteins „Sozialist“ veröffentlicht. Kautsky's Artikel behandelt sein Verhältnis zur U.S.P. seit ihrer Entstehung und schließt mit einem Kapitel, das den Titel „Auf zur Einigung“ trägt. Einen Teil dieses Schlusskapitels druckt der „Vorwärts“ nach. In diesem Einigungskapitel vertritt Kautsky denselben Standpunkt, den er in seinem Artikel zur Koalitionsfrage kurz nach dem Leipziger Parteitag einnahm: organisatorische Einigung der U.S.P. mit der SPD, als wichtigste Frage der aktuellen proletarischen Politik. Bekanntlich hat Kautsky's Standpunkt damals in der Partei wenig Anklang gefunden. Wir bezweifeln, daß es damit jetzt anders ist. Die Partei hat ja erst vor wenigen Monaten auf ihrem Parteitag in Leipzig zur Einigungsfrage Klarstellung genommen. Als Referent über die Politik der Partei erklärte dort der Genosse Dittmann laut Protokoll:

„Die Einigung des Proletariats muß kommen und wird kommen, aber sie ist praktisch nur möglich, wenn die sozialistischen Parteien auf dem gleichen Kampfplatz stehen. (Sehr richtig!) Solange die rechtssozialistische Partei in der Koalition mit kapitalistischen Parteien, mit Klassenfeinden des Proletariats verharret, und solange die kommunistische Partei die Moskauer Putschpolitik anbietet, solange ist die Einigung des Proletariats leider eine Unmöglichkeit. (Sehr wahr!) Erst wenn diese Parteien wieder zurückgekehrt sind auf den Mutterboden des proletarischen Klassenkampfes, den sie verlassen haben, erst dann sind die Vorbedingungen für die Einigung gegeben. (Sehr richtig!)“

Kautsky meint nun, die Einigungsfrage sei wichtiger als die Frage der Koalitionspolitik, Meinungsverschiedenheiten über diese dürften die Einigung nicht hindern. Andererseits sagt er wieder, es könne sich für die U.S.P. nicht darum handeln, zu verdrängen, was sie bisher angebetet. „Das wäre keine Einigung, sondern eine Kapitulation“. Kautsky als neben den politischen Gesichtspunkten stehender Zuschauer sieht nur „Meinungsverschiedenheiten“ und „Ueberzeugungen“ als Hinderungsgrund für die Einigung, während uns praktische Politiker täglich politische Handlungen, nicht Worte, sondern Taten auf dem Einigungsweg entgegenstellen. Wir müssen täglich, ständig handeln, einreisen, kämpfen! Wir tun das als proletarische Klassenkämpfer! Die Rechtssozialisten sind politisch verdrängt mit denen, die wir bekämpfen! Wie soll da eine Einigung praktisch möglich sein? Soll die U.S.P., der Kautsky keine „Kapitulation“ zumuten will, in der einzigen Partei, die von ihr bekämpfte Koalitionspolitik mitmachen? Soll sie die Aufgabe der Koalitionspolitik erzwingen? Wie denkt sich Kautsky die Aktionen der einzigen Partei, wenn der eine Flügel in der Regierung sitzt, der andere zu ihr in Opposition steht? Wo ist da der gemeinsame Parteboden? Das ist der springende Punkt! Darauf kommt es an! Darüber sagt Kautsky leider kein Wort. Aber vielleicht sagt uns das jetzt der „Vorwärts“, der ja Kautsky nachdrückt und verspricht „zu dieser höchst bemerkenswerten Veröffentlichung noch Stellung zu nehmen.“ Lassen wir also zunächst dem „Vorwärts“ das Wort.

Fort mit dem Heineschen Schieberlaf

Wie der amtliche preussische Pressedienst mittelt, werden im Ministerium des Innern die Vorschriften über den Waffengebrauch der Exekutivbeamten zurzeit einer „Nachprüfung“ unterzogen. In Verbindung mit dieser Mitteilung polemisiert der Pressedienst gegen die „Freiheit“, weil sie kürzlich den Heineschen Schieberlaf gebührend gekennzeichnet hatte. Denn, so heißt es in der amtlichen Auslassung, der Heinesche Schieberlaf sei schon vor längerer Zeit revidiert worden. Dieser Belehrung durch den preussischen Pressedienst bedarf es nicht. Wir wissen sehr wohl, daß Herr Everding den niederträchtigen Heineschen Schieberlaf revidiert hat, aber die „Revision“ war völlig belanglos und ließ der Nordgier gewisser Polizeibehörden völlig freien Lauf. Hoffentlich ist die erneute „Nachprüfung“ der Schieberlafvorschriften nicht von der gleichen Art.

Der stinnesfierte Sozialdemokrat

Dr. Paul Lensch, weiland Kandidat zum Chef des „Vorwärts“, ist nach Blättermeldungen als Stellvertreter des Chefredakteur in die Leitung des Berliner Stinnesblattes „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eingetreten. Lensch ist seit langem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Das wird natürlich die SPD nicht hindern, Lensch nach wie vor als ihren Parteigenossen zu betrachten.

Stegerwald gegen das Beamtenstreikrecht

Wenn immer der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald sich öffentlich äußert, geschieht es in dem reaktionären Sinne, den er während seiner Ministerpräsidentenschaft dauernd befolgt hat. So auch auf dem Kongress des Gesamtverbandes deutscher Beamten- und Staatsangehörigengewerkschaften, die unlängst in Eisen zusammengetreten war. In einem Referat über „Die Stellung der Beamten zu Staat und Volk“ machte er einen Teil der Beamten den Vorwurf, die Freiheit der Revolution mißbraucht und damit Staat und Volk gefährdet zu haben und sprach den Beamten im allgemeinen das Streikrecht ab. Den Beamten der Post und der Eisenbahn

will er obendrein durch ein Schlichtungsgesetz eine doppelte Fessel anlegen. Das ist der Stegerwald, wie wir ihn allezeit gekannt haben.

Die Zwangsanleihe soll kastriert werden

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelsstag, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsverband des deutschen Ein- und Ausführhandels und der Zentralverband des deutschen Großhandels sind von dem Entwurf des Gesetzes über die Zwangsanleihe sehr wenig erbaut. Die Verhältnisse hätten sich seit Abschluß des Steuerkompromisses, so erklären sie in einer „grundsätzlichen“ Stellungnahme, sehr wesentlich verschlechtert. Die genannten Körperschaften wenden sich gegen die Ausbringung der Anleihe zu einem einzigen Zeitpunkt. Im übrigen hoffen sie, daß die „schlechte Verwertbarkeit und die dreifährige Unverzinslichkeit nicht durch eine mangelhafte Ausbreitung der Anleihe verfehrt werde.“ Das soll wohl heißen, daß die dreifährige Unverzinslichkeit durch eine reichliche Ausbreitung wieder wettgemacht werden soll. Man will auch von einer Abgabe für die unrichtige Einschätzung künftigen Vermögens nichts wissen. Genug, es wird schon wieder mit allen Kräften Sturm gelaufen. Man sieht zwar ein, daß man nach Abschluß des Steuerkompromisses die Zwangsanleihe nicht einfach überrennen kann, aber kastrieren möchte man sie noch, soweit überhaupt noch was zu kastrieren dran ist.

Eine Verordnung gegen Kartoffelwucher

Der bodenlose Kartoffelwucher, der im letzten Winter getrieben wurde und noch jetzt getrieben wird, hat den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft veranlaßt, in einer neuen Verordnung die Bestimmungen über den Kartoffelkauf zu verschärfen. Nach der neuen Verordnung bedürfen zum Großhandel mit Kartoffeln vom 1. August 1922 an sämtliche Personen, auch die Inhaber der Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln, einer neuen besonderen Erlaubnis. Diese Erlaubnis wird von den für die Erteilung der allgemeinen Handelsereulubnis zuständigen Stellen erteilt, sofern nicht von den Ländern besondere Stellen bestimmt werden. Sie gilt für das ganze Reich. Alle sonstigen Personen dürfen vom 1. August ab zum Wiederverkauf, zur gewerbetreibenden Bearbeitung oder zur Deckung des Kartoffelbedarfs einer Mehrheit von Verbrauchern Kartoffeln beim Erzeuger nur mit einer besonderen Ankaufserlaubnis ankaufen, welche von der höheren Verwaltungsbehörde des Ankaufsbezirks neu zu erteilen ist.

Der Landwirt, der an Ausläufer Kartoffeln verkauft, die sich nicht als Inhaber einer Ankaufserlaubnis ausweisen können, macht sich strafbar. Innerhalb des eigenen Kommunalverbandes ist der Verkauf von Kartoffeln konzeptionspflichtig. Die neuen Bestimmungen treten am 1. August in Kraft. Ob sie die Kartoffelwucherer hindern werden, die unverkäuflichen Preise des vorigen Winters den Verbrauchern erneut abzupressen, hängt davon ab, wie solche Verordnungen durchgeführt werden.

Die Sozialistenverfolgungen in Rußland

Aus Rußland kommen fortgesetzt neue Meldungen über die Verhaftung und Deportation zahlreicher Genossen. So wurden vor kurzem in Odessa 50 Sozialdemokraten verhaftet, ferner in Kholm 70 Arbeiter, die bereits einmal nach dem Kholm-Massaker und dann zurückgeholt wurden; weitere Verhaftungen erfolgten in Baku, wo aber 20 Genossen ins Gefängnis geschickt wurden. Die Deportationen nach Turkestan, gegen die im Januar bekanntlich der Hungerstreik in Moskau erklärt wurde, nehmen trotz der allgemeinen Proteste ihren Fortgang. Es ist bereits ein zweiter Transport von Rußland nach Turkestan geschickt worden, darunter zum größten Teil Arbeiter aus Jekaterinoslaw und dem Dongebiet. In Kitzra soll ein dritter Transport dahin abgehen. Die Lebensbedingungen in Turkestan sind jetzt noch weit schlimmer als früher. Die Deportation der Genossen nach diesem Gebiet kommt deshalb fast einem Todesurteil gleich.

Ein polnischer Einheits-Gewerkschaftskongress. In Krakau tagt gegenwärtig der Kongress der polnischen Arbeiter-Gewerkschaftsvereine, die auf der Plattform des Klassenkampfes stehen. Das Hauptziel dieser Tagung ist die Vorbereitung einer Vereinbittlung des gesamten Gewerkschaftswesens in Polen. Auf dem Kongress sind vertreten: 120 P.P.Z. (Polnische Sozialdemokratische Partei-Delegierte), 30 Kommunisten, 25 Delegierte des jüdischen Bundes und 13 Poale Zioniten. Die Organisation der deutschen Sozialisten in Polen war nicht vertreten, schied aber ein Begrüßungsschreiben an den Kongress. Der Vorsitzende der P.P.Z.-Organisation Daszinski eröffnete den Kongress mit einer Ansprache, in der er betonte, die Vereinigung des polnischen Proletariats sei nur unter der Fahne der P.P.Z. möglich.

Die Lösung der österreichischen Regierungskrise. Nachdem der Grazer Parteitag der Großdeutschen am Sonntag das „Zusammenwirken aller Kräfte“ als notwendig und sich zur „Schaffung einer tragfähigen Regierungsmehrheit“ bereit erklärt hatte, wurde nunmehr ein neues Kabinett gebildet, das aus 7 Christlich-Sozialen, 3 Großdeutschen und einem Beamten besteht. — Die neue Regierung wurde gestern mit 101 gegen 58 Stimmen gewählt.

Die gesamte Arbeiterklasse hat ein Interesse an der Aufklärung

Eine zusammenfassende Darstellung des gesamt. Untersuchungsmaterials mit ausführlichem Prozessbericht enthält die Schrift

Der

M O R D

an

Karl Liebknecht

und

Rosa Luxemburg

Mit Portraits der Ermordeten und Bildern der Angeklagten

115 Seiten stark, gut kartoniert

Preis 12.— M.

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin 62, Breitestr. 8-9

Groß-Berlin

Die verleihte Schupo-Ehre

Wir veröffentlichten letztes Jahr in Nr. 600 vom 24. Dezember im lokalen Teil „Die entseßte Ordnungsbefehl“ einen empörenden Vorfall, der sich im Norden Berlins zutrug. Ein Oberwachmeister Ulrich hielt es damals für geraten, gegen barmhose Straßenpassanten den Heine'schen Schieberloch p...ftisch zu demonstrieren.

Wir hörten nichts weiter in dieser Angelegenheit. Der etwa erwartete hätte, daß dieser überreife, aber für sein Amt anscheinend untaugliche Herr seinen besonderen Talenten entsprechend höheren Orts gewürdigt worden wäre, irrt sich.

Aber die Schupo tat doch etwas! Und zwar — floge sie jetzt erst gegen den damals verantwortlich zeichnenden Redakteur, Genossen Rudner, der nun, nach fünf Monaten, eine Vorladung des Staatsanwalts erhielt! —

Das ist eine ganz sonderbare Methode. Die Schupo schmeigt sich über sie berührende Anklagen aus, läßt Gras darüber wachsen und klagt nach Monaten wegen verleihter Mannesehre.

Wir ersuchen diejenigen Zeugen, die am Donnerstag, dem 22. Dezember letzten Jahres den Vorfall an der Ecke der Swinemünder- und Demminer Straße mitansahen und uns über die Vorgänge berichteten, sich ehestens mit der Redaktionsleitung in Verbindung zu setzen.

Ein Opfer der Willkür des Unternehmers

Am Sonnabend Nacht wurde das Dienstmädchen Wilhelmine Wittkowsky, welche im Weinhaus Traube, Leipziger Straße, beschäftigt war, beauftragt, die Fenster der Küche, die sich im vierten Stock befindet, zu putzen. Es war zwischen 12 1/2 und 12 3/4 Uhr nachts, als das Mädchen diese Arbeit verrichten sollte. Da weder eine Fensterleiter noch sonst vorchriftsmäßige Hilfsmittel zur Stelle waren, mußte das Mädchen einen Stuhl benutzen, der aber, wie sich nachher herausstellte, nicht in Ordnung war. Raum hatte die W. die Arbeit begonnen, als der Stuhl ins Klappen kam und die Bedauernswerte, die keinen Halt fand, in die Tiefe stürzte. Anstatt nun die in unmittelbarer Nähe sich befindende Rettungswache in der Kronenstraße schleunigst um Hilfe anzurufen, erbat die Diktation vom Rettungssamt in der Artilleriestraße einen Krankenwagen. Als die Sanitäter zur Stelle kamen, war die W. bereits verstorben.

Wir werfen hiermit die Frage auf: Wo und seit wann ist es üblich, nachts Fenster zu putzen? Schon am Tage ist es schwierig, für den Fall eines Unglücks schnelle ärztliche Hilfe zu erlangen. Obwohl die Diktation auf die Unsinngigkeit des Verordnens dieser Arbeit während der Nacht vor längerer Zeit durch die Angehörigen aufmerksam gemacht und um Abänderung gebeten wurde, ist diesem berechtigten Wunsche seitens der Direktion nicht entsprochen worden. So mußte nun die Belegschaft eine ihrer besten Mitarbeiterinnen auf tragische Weise verlieren.

Eine strenge Untersuchung der Ursachen dieses Unglücks ist unter allen Umständen geboten.

Der Lustmord in der Prenzlauer Straße

Das schreckliche Verbrechen an der kleinen Dorothea Schmidt in der Prenzlauer Straße 3 hat bisher leider noch keine Aufklärung gefunden. Ein Heer von Beamten ist ständig unterwegs, alle Angaben der vielen Zeugen, die sich auch im Laufe des gestrigen Tages bei der Norddammschloß melden, nachzuprüfen. Wenn es bisher auch noch nicht

gelang, eine bestimmte Spur des Unmenschen zu finden, so hofft die Kriminalpolizei doch, ihn ausfindig zu machen und festzunehmen. Ueberraschend groß ist die Zahl der nachträglich zur Anzeige gelangenen Fälle, wo „Kinderfreunde“ kleinen Mädchen nachgestellt haben. Auch in der Gegend des Prenzlauer Torcs, in der das schreckliche Verbrechen sich abspielte hat, sind wiederholt Vorfälle an Kinder herangetreten. So wurde erst unlängst ein 9-jähriges Mädchen von einem Ranne dort angesprochen, der es unter allerhand Versprechungen mitschleppen wollte. Die Kleine schöpfte jedoch Verdacht und schrie laut auf, so daß es der Mann für geraten hielt, von seinem kleinen Opfer zu lassen und davonzulassen. Die Kriminalpolizei nimmt weiter alle Mitteilungen, die zur Aufklärung des Verbrechens führen können, im Zimmer 88 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Neuartige Siedlungsmethoden

Siedlungsgesellschaften sollen nach Ansicht der Allgemeinheit gewöhnlich gemeinnützige Unternehmungen sein. Ob der geschaffene Nutzen aber immer der Allgemeinheit zugute kommt, muß bezweifelt werden, wenn man sich das eigenartige Wirken gewisser Siedlungsgesellschaften in der Umgebung Berlins ansieht. Wir erinnern nur an die Abholzung der als „Lunge der Großstadt“ bezeichneten Waldflächen in Hermsdorf und Teagel.

Von welchem Geschäftszweige beispielsweise die ausführende Firma der „Niederbarnimer Siedlungsgesellschaft“ Verche und Rippert befreit ist, beweist ihr Weisheitsgelehrtes. Angeblich beschäftigt diese Firma nur Erwerbslose und bezieht für diese den Staatszuschuß. Wir wissen nicht, ob dem verantwortlichen Leiter der Firma und der Aufsichtsbehörde des Kreises Niederbarnim bekannt ist, daß es im Baugeschäft zurzeit keine „Arbeitslosen“ mehr gibt. Und wird mitgeteilt, daß im ganzen Kreise Niederbarnim nur etwa 70 Erwerbslose aller Berufsrichtungen gezählt werden.

Es scheint uns notwendig, auf diese Tatsachen hinzuweisen. Denn die an die Firma Verche & Rippert bzw. an die „Siedlungsgesellschaft Niederbarnim“ gezahlten Zuschüsse für produktive Erwerbslosenaufzuchtgehalte meint uns eine mehr als weitherzige und allzu großzügige Verwendung von Staatsgeldern zu sein.

Uebertriebener Bürokratismus der Krankenkassen

Uns geht folgende Beschwerde zu: Da meine Arbeitsstelle sich in Berlin-Friedenau befindet, bin ich Mitglied der Friedenauer Krankenkasse, obgleich ich in Charlottenburg wohne. Ich bemühe mich, die Krankenkasse so wenig wie irgendmöglich in Anspruch zu nehmen. Jedenfalls habe ich mich während meiner Zugehörigkeit zu derselben noch nicht einen Tag krank schreiben lassen, obgleich ich schon einige Male sehr leidend war. Seit mehreren Wochen bin ich an einer harten Herzmuskelschwäche erkrankt, die zur Folge hatte, daß ich an drei Tagen hintereinander auf der Straße umfiel. Der Arzt, der meinen Zustand seit Jahren kennt, wollte mich krank schreiben, unterließ es aber auf meine Bitten und verordnete mir u. a. kohlensäure Wäder. Er bemerkte dazu, daß ich diese in größter Nähe meiner Wohnung nehmen müsse, da hinterher sofortige Beiruhung geboten sei.

Ich ging zur Krankenkasse, die eine eigene Badeanstalt in Friedenau besitzt und hat, wegen der zu großen Entfernung von meiner Wohnung, mir die Wäder nach einer Charlottenburger Badeanstalt zu überweisen. Der Schalterbeamte konnte diesem Wunsche seiner Instruktion gemäß nicht nachkommen und verwies mich an den Vorstand. Dieser empfing mich sehr ungnädig, und schlug meine Bitte mit dem Bemerkten ab, daß er prinzipiell keine Zustimmung geben könne. Ich bin gezwungen, da ich von 9-5 Uhr ohne Essen arbeite und während der Geschäftszeit nicht fortgehen kann, die Wäder nach Geschäftsschluss zu nehmen. Mein Hinweis, daß ich auf der Straße dreimal hintereinander umgefallen wäre, und daß auch Medizinalrat Dr. D. mir verboten hätte, die Wäder so weit entfernt von meiner Wohnung zu nehmen, blieb ohne Eindruck. Er fand

darauf nur die Bemerkung, daß sich die Kasse von den Ärzten keine Vorschriften machen ließe. Schließlich wollte er sogar den Vertauensarzt darum bemühen.

Eine so engberzige, unsoziale Handhabung der Bestimmungen für Kranke kann ich nicht verstehen, denn die Krankenkassen sollen soziale Einrichtungen sein. Die Art der Behandlung seitens des Herrn Vorstandes war außerdem eine so unhöfliche, wie sie weder Gefunden noch Kranken gegenüber am Platze ist.“

Ermäßigung der Entbindungskosten

Der Magistrat beschloß am 31. Mai, daß in den städtischen Krankenhäusern für neugeborene gesunde und kranke Kinder in den ersten 10 Tagen Gebühren nicht erhoben, für Entbindung Einheimischer und Auswärtiger sowie von Hauschwangeren, außer dem tarifmäßigen Verpflegungskosten, besondere Entbindungsgeldern in keiner städtischen Anstalt erhoben werden dürfen, von Ausländern für Entbindung neben den Kurkosten für jede Entbindung 3000 Mark zu erheben sind. Bei Bedürftigen kann eine Ermäßigung oder eine Nachzahlung stattfinden.

Zur bevorstehenden Reisezeit sei darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Jahre von den Blinden der städtischen Blindenbeschäftigungsanstalt wieder Hängematten aus besten Rohstoffen gefertigt worden sind, die in der Anstalt, Berlin SO. 26, Drantienstraße 26, part., werktäglich von 8-1 und 2-5 Uhr zum Verkauf stehen. Außerdem können sehr preiswerte Reisekörbe und die Waren der umfangreichen und leistungsfähigen Stuhlflechterei und Bürstenmacherei der Anstalt empfohlen werden. Auf Wunsch erfolgt Abholung und Zustellung von Stühlen. Fernspr.-Anschluß: Magistrat Berlin Nr. 266.

Kinderstiftungskommission Groß-Berlin. Die Eintragung in die Liste der aufgenommenen Vereine für Fahrpreisermäßigung ist unter der Nummer 131 erfolgt. Bei Anträgen muß neben dem Namen der Kommission diese Nummer angegeben werden.

Berliner Postverkehr zu Pfingsten. Am 1. Pfingstfeiertag findet im Ort eine Postabfertigung statt. Eine Geldbestellung wird an beiden Pfingstfeiertagen, vorbehaltlich etwaiger aus Betriebsrückständen notwendig werdender Ausnahmen, nicht ausgeführt. — Die Schalter der Poststelle des Berliner Postämtes werden am Pfingstsonntag bereits um 1 Uhr nachmittags geschlossen.

Das Märkische Museum ist am 4. Juni (Pfingstsonntag) geschlossen, am 5. Juni (Pfingstmontag) wie gewöhnlich für die Besichtigung von 10-3 Uhr geöffnet.

Spartasse der Stadt Berlin. Am Sonnabend, den 3. Juni bleiben sämtliche Spar- und Girokassen der Stadt Berlin für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Ein gefährlicher Zeitgenosse scheint ein Versicherungsbeamter zu sein, der auf den 35-jährigen Stephan S. aus Lichtenberg nach kurzem Wortwechsel drei Schüsse aus einer Armeepistole abgegeben hat, so daß dieser liegen blieb. Er wurde in hilflosem Zustand von Polizeibeamten des 16. Reviers in der Wittthodstraße gefunden und in das Moabit Krankenhaus übergeführt. Eine Visitation des Schützen führte bei diesem eine zweite Pistole und zwölf Patronen mit etwa 100 Patronen zutage.

Ein schickwütiger Passant. Gestern nacht feuerte ein Kaufmann K. aus der Warschauer Straße mehrere Pistolenschüsse auf vorübergehende Passanten ab. Schulpolizei schritt ein und beschlagnahmte seine Pistole. — Richtiger wäre es gewesen, statt der Pistole den ganzen Kerl zu „beschlagnahmen“.

Wieder Schüsse auf einen Borortzug. Gestern abend gegen 18 Uhr wurde der Borortzug 2669 zwischen Karlshorst und Sadowa durch mehrere Schüsse, die aus einer Schenke kamen, beschossen. Hierbei wurde eine Scheibe zertrümmert. Verletzungen von Personen sind nicht zu beklagen.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorke.

Einige autorisierte Übersetzung von August Scholz.

(85. Fortsetzung.)

„Wieviel Kinder hast du denn gehabt?“

„Nur eins haben wir gehabt...“
 Ueber dem Tische hängt eine Lampe, hinter der Dfenede eine zweite. Sie geben nur wenig Licht, in den Ecken der Werkstatt, aus denen die unfertigen, kopflosen Bilder hervorlugen, lauern dunkle Schatten. Die flachen grauen Stellen, die für die Gesichter und die Hände offen geblieben sind, haben etwas Bespenntisches, mehr als sonst hat man den Eindruck, daß die Körper der Heiligen auf geheimnisvolle Weise aus ihren bunten Kleidern und überhaupt aus diesem düstern Raume entschwunden sind. Die Glasfugen sind ganz hoch an die Decke emporgezogen, von wo sie aus einer Wolke von Rauch bläulich niederhimmern.

Shicharew geht unruhig um den Tisch herum und bewirzt alle, bald zu diesem, bald zu jenem neigt sich sein kahler Schädel herab, und die feinen Finger sind in ewiger Bewegung. Er erscheint magerer als sonst, seine Habichtsnase hat einen besonders lähnen Schwung; wenn er mit der Seite zum Licht steht, fällt der schwarze Schatten der Nase auf seine Wad.

„Gib und trinkt, Freunde,“ läßt sich sein heller Ton vernehmen.

Die Niesin aber spielt sich als Wirtin auf und flötet:

„Was beunruhigen Sie sich denn, Gevatter? Jeder hat doch seine Hand zum Zugreifen und seinen Appetit — mehr, als ihm schmeckt, ist feiner!“

„Nun wollen wir eine Pause machen!“ ruft Shicharew gut angelegt. „Wir sind alle miteinander Aechte des Herrn, meine lieben Freunde, laßt uns also singen: Prost den Namen!“

Der Chorgefang mislingt natürlich, alle sind schon schlaf geworden vom Essen und Trinken. Kapendjuchin hat mit einemmal eine zweireihige Harmonika zur Hand, und der junge Viktor Sfalantiu, ein erstes Barschchen, so schwarz wie ein Rabe, fingert auf der

prallen Haut eines Tamburins herum, daß die Schellen fed erklingen.

„Den Russentanz!“ kommandiert Shicharew. „Gevatterin — darf ich bitten?“

„Ach,“ seufzt die Niesin, während sie sich erhebt — „wie Sie sich doch beunruhigen!“

Sie tritt in den freien Raum und steht da, breit und fest wie eine Kapelle. Sie trägt einen weiten brannen Rock, dazu eine gelbe Batistbluse und ein knallrotes Kopftuch.

Die Harmonika plärrt und greint darauf los, ihre Glöckchen klirren, und das Tamburin schrillt mitten hinein, während sein fell dumpfe Seufzerlaute von sich gibt, wie wenn ein Berrücker ächzend und schluchzend mit der Stirn gegen eine Wand schlägt.

Shicharew kann nicht tanzen, er trippelt einfach auf derselben Stelle hin und her, stampft gelegentlich mit den Absätzen der blank gewischten Stiefel auf und hüpf dann wieder ganz gegen den Takt der langgezogenen Russen wie ein Bod auf und ab. Seine Beine erscheinen wie geborgt, der Körper dreht sich in unsicheren Windungen, er zappelt wie eine Weise im Spinnwebgewebe oder wie ein Fisch im Neg. Es ist ein unschöner Anblick, doch folgen alle, auch jene, die betrunken sind, mit Aufmerksamkeit seinen krampfhaften Bewegungen. Sein Mienenspiel ist sehr wechselreich, bald blickt er zärtlich, bald verlegen, um dann auf einmal stolz oder gar finster und streng dreinzuschauen. Jetzt scheint er verwundert, erstaunt, schließlich für einen Augenblick die und beobachtet schweigend sein Gesicht und seine Hände. Lider und öffnet sie wieder mit einem Ausdruck der Trauer. Die Hände ballend, schleicht er sich an das Weib heran, stampft plötzlich mit dem Fuße auf, sinkt in die Knie, breitet die Arme weit aus, zieht die Brauen empor und lächelt selig. Und auch sie lächelt von oben her genädig und sagt ruhig warnend: „Sie werden müde werden, Gevatter!“

Sie versucht die Augen holdselig zu schließen, doch das gelingt ihr nicht, denn für diese Augen, die so groß sind wie Dreiflopfentüde, erweisen sich die Lider als nicht ausreichend, und so bekommt ihr Gesicht, das sich in Fältchen gelegt hat, etwas Maskenhaftes.

Auch sie kann nicht tanzen, sondern schaukelt nur ihren mächtigen Leib hin und her und bewegt ihn geräuschlos von Ort zu Ort. Mit der Linken schwenkt sie trägt ein Tüchlein, die Rechte ist in die Seite gestemmt, was sie einem riesigen Krüge sehr ähnlich macht.

Shicharew aber kreist immer wieder um dieses steinerne Niesenweib herum, in stetigem Wechsel des Ausdrucks, und es scheint, daß nicht einer da tanzt, sondern ein halbes Duzend, jeder verschieden von den anderen: ein Stiller und Demütiger, ein Finsterner, der sie schreden möchte, ein dritter, der selbst vor irgend etwas Angst hat und leise stöhnt, als wollte er am liebsten diesem unheimlichen Niesenweibe unbemerkt entweichen. Und nun kommt noch einer, zähnefleischend und sich krampfhaft windend wie ein verwundeter Hund. Dieser unschöne, unerfreuliche Tanz macht einen abstoßenden Eindruck auf mich, weckt in mir peinliche Erinnerungen an die Soldaten, die Wäscherinnen und Köchinnen und ihre Hundehochzeiten.

Ich muß an Sidorow's stille Worte denken:

„In dieser Sache lügen alle, das ist nun mal nicht anders: alle schämen sich, keines liebt das andere, 's ist einfach Mutwille, was sie treiben...“

Es will mir nicht in den Kopf, daß „in dieser Sache alle lügen“ — wie stände es dann um Königin Margot? Und auch Shicharew lügt nicht, ganz sicher nicht. Auch von Shtanow weiß ich, daß er nicht lügt. Er hat ein Mädchen von der Straße liebgewonnen, das ihn mit einer häßlichen Krankheit angesteckt hat, doch er schlägt sie darum nicht, wie die Kameraden ihm raten, sondern hat ihr ein Zimmer gemietet, läßt sie vom Arzt behandeln und spricht von ihr stets mit einer Art zärtlicher Befangenheit.

Das Niesenweib wiegt sich immer noch, mit dem Tüchlein winkend und leblos lächelnd, hin und her, und Shicharew springt krampfhaft um sie herum, ich aber schaue zu und denke: War jene Eva, die den Herrgott betrogen hat, wirklich diesem Pferde ähnlich? Und das Gfäß des Kaffees, das ich gegen sie hatte, verflüchtigt sich.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Schiedspruch für die Gemeindearbeiter

In später Nachstunde wurde zu den Forderungen der Gemeindearbeiter folgender Schiedspruch gefällt: Ueber die Juni-Löhne der Gemeindearbeiter lehnte der Schlichtungsausschuss eine Entscheidung ab. Für die Mai-Löhne schlug er aber einen Vergleich vor, den der Magistrat annahm. Danach erhalten: Angelernte Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 14 M., nach einem Jahre 14,40; über 21 bis 24 Jahre alte Arbeiter 15,75 bzw. 16,20 M.; über 24 Jahre alte Arbeiter 17,50 bzw. 18 M., Angelernte von 18 bis 21 Jahren 14,40 bzw. 14,80 M.; über 21 bis 24 Jahre alte Arbeiter 16,20 bzw. 16,75 M.; über 24 Jahre alte Arbeiter 18 bzw. 18,50 M. Handwerker von 18 bis 21 Jahren 15,80 bzw. 16,70 M.; wenn über 21 Jahre bis 24 Jahre alt 17,15 bzw. 17,00 M.; wenn über 24 Jahre alt 19 bzw. 19,50 M. Weibliche Arbeitskräfte erhalten 75 Prozent der Männerlöhne.

Die Frauen- und Kinderzulagen sollen nach den staatlichen in Betracht kommenden Sätzen ausgerichtet werden. Die für die Ledigen bisher gewährte Beihilfe von 100 M. monatlich wird gestrichen. Verschiedene Punkte sind in den Verhandlungen unerledigt geblieben, so u. a. das Kleidergeld der Straßenbahner und die ihnen bisher zugestandene Freifahrt. Die Verhandlungen über die Juni-Löhne sind gestern fortgesetzt worden. Am nächsten Dienstag soll die Auszahlung der Zulage zu den Mai-Löhnen erfolgen.

Zum Streik im Kolonialwarenhandel

Die Arbeitgeber hatten zum 30. Mai 1922, nachmittags 4 Uhr, den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin angerufen, betreffs Beilegung des Streiks. Die Arbeitgeber lehnten es ab, den Antrag des Zentralverbandes der Angestellten: 1. Maßregelungen nicht vorzunehmen, 2. die Streiktage zu bezahlen, zu akzeptieren. Daraufhin hat die Organisationsleitung und die Lohnkommission den Sitzungssaal verlassen. Der Schlichtungsausschuss hat in Abwesenheit der Partei einen Schiedspruch dahingehend gefällt, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden dürfen.

Konkurrenz! Die Angestellten sind gezwungen diesen Kampf weiterzuführen, einmal, weil die gelben Gewerkschaftsbünde die Streikenden schmächtig verraten haben; zweitens, weil man unseren Forderungen nicht Rechnung tragen will. Kauft nur bei solchen Arbeitgebern, wo unsere Plakate aushängen. Hier sind die Forderungen der Angestellten bewilligt. Zentralverband der Angestellten, André. Es ist Pflicht aller organisierten Arbeiter, hierauf genau zu achten. Wir sind gezwungen, nun den verhärteten Kampf gegen diese Arbeitgeber aufzunehmen.

Lohnkampf im Berliner

Engros-Schlächtergewerbe

Seit dem 1. April stehen die Berliner Engros-Schlächter-Gesellen in einer Lohnbewegung. Die freien Verhandlungen scheiterten an der Abneigung der Arbeitgeber, die von einer Lohnhöhung nichts wissen wollen. So beschloß sich das Einigungsamt des Gewerbegerichts und der Schlichtungsausschuss wiederholt mit der Lohnregelung. Der Erfolg war, daß die Entschlüsse, welche geringe Lohnzulagen enthielten, von den Gesellen angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt wurden. Am 30. Mai fand eine Ver-

handlung vor dem Demobilisations-Kommissar über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches statt. Letzteres empfahl nun den Arbeitgebern, die Lohnnachzahlung vom 15. anstatt vom 1. Mai zu gewähren, wie es der Schiedspruch vorsieht. Aber auch hierzu verweigerten die Arbeitgeber ihre Zustimmung und suchten die endliche Regelung weiter zu verschleppen.

Wie sehen aber die Löhne aus, welche die Arbeitgeber nicht zahlen wollen? Sind diese so übermäßig hoch? Das Urteil überlassen wir der Arbeiterkraft.

Der Lohn betrug im März pro Woche 540-510 M. für Gesellen und 760 M. für Kutcher. Für April setzte das Einigungsamt des Gewerbegerichts eine Zulage von 60-85 Mark pro Woche fest, die von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. Für Mai bewilligte der Schlichtungsausschuss pro Woche 140-120 M. Zulage, die ebenfalls von den Arbeitgebern Ablehnung erfuhr. Die Verbindlichkeit des Spruches war nicht zu erreichen.

Am Dienstagabend wurde nun den Arbeitnehmern Bericht erstattet. Die Verschlechterung des bereits angenommenen Schiedspruches wurde nunmehr aber abgelehnt und mit einer großen Mehrheit beschlossen, die Arbeit einzustellen bis zur endlichen Regelung der Lohnfrage. Die Kammschuld der Arbeitnehmer war erheblich. Der Streik trat gestern früh in Kraft.

Annahme des Schiedspruches bei den Buchdruckern

Der vom Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch, der eine wöchentliche Zulage von 100 M. vorsieht, wurde sowohl von den Prinzipalen sowie von den Arbeitnehmern in der gestrigen Funktionärversammlung angenommen. — Die Delegiertenwahlen zur Verbandsgeneralversammlung ergaben einen Sieg der Opposition. Die Wahlbeteiligung betrug 85 Prozent. Gewählt wurden 11 Delegierte der SPD. und 14 Oppositionelle. Davon sind 9 U.S.P. und 5 R.P.D. Bei drei Delegierten findet eine Stichwahl statt. Flugblätter zur Stichwahl sind vom Donnerstag Mittag ab bei Baum, Stallschreiberstr. 47, abzuholen.

Wie die Konditoreibesitzer ihre Arbeitnehmer erhöhen

Der Zentralverband der Bäcker teilt mit: Auf die am 13. April 1922 eingereichten Lohnforderungen hat am Montag, dem 20. Mai 1922, die Konditoreninnung beschlossen, ohne daß Verhandlungen mit der Organisation über die Festlegung der Löhne abgeschlossen sind, folgende wöchentliche Zulagen zu gewähren: Gehilfen 20 M., Hilfsarbeiter 10 M., Hilfsarbeiterinnen und Küchenmädchen nichts und Verkaufserinnen 10 M.

Dabei ist zu beachten, daß a. B. der letzte Lohn eines Küchenmädchens 350 M. pro Woche beträgt. Die Mehrzahl derselben aber bis nachts nach 1 Uhr beschäftigt sind.

Daß die Konditoreibesitzer gezwungen sind, solche Hungerlöhne zu zahlen, wird wohl niemand glauben, der die Preise kennt, welche heute in den Konditoreien verlangt werden. Sie haben es bisher immer verstanden, Lohnverhandlungen so zu verschleppen, daß das Konditoreipersonal den Lohn, den selbst die am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorien bekamen, erst einige Monate später erhielt. Die jetzige Handlungsweise der Innung, einzeln ohne Verhandlung mit der Organisation solche Hungerlöhne festzusetzen, hat den Bozen überponnt und das Personal wird die Antwort darauf zu geben wissen.

Am Donnerstag, dem 1. Juni 1922, wird im „Rosenfelder Hof“, Rosenfelder Straße 11/12, abends 7 Uhr, eine Funktionärerversammlung des Konditoreipersonals dazu Stellung nehmen.

Musikinstrumentenmacher! Am Donnerstag, dem 1. Juni 1922, mittags 2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-25, Saal I, eine Versammlung der streikenden Kollegen statt. Vollzähliges Erscheinen aller ist Pflicht! — Die Streikleitung.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, den 1. Juni 1922.

12. Bezirk. Die engere Vorstandswahl findet heute abends 7 Uhr bei Altmeißel, Landerstraße 33, statt.

Freitag, den 2. Juni.

12. Bezirk. Abends 7 Uhr, Sitzung der Bildungsausschüsse des Gewerkschaftsbundes, Landerstraße 33.

Vereinskalender

Donnerstag, den 1. Juni.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden.

Verband der technischen Angestellten und Beamten, Mitteldeutscher-Verband. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Einbecker. Abends 7 Uhr, im Arbeitshaus, Kungelstraße 30, Brandenburger-Sammlung. Tagesordnung: Welche Geben sollen wir aus der letzten Lohnbewegung? Die Berechtigungslisten müssen in der Versammlung abgeleitet werden. Die Brandenburger-Kommission.

Jugendbewegung

U. S. P. Donnerstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr, wichtige außerordentliche Parteivorstandswahl. Alle Gruppen müssen unbedingt teilnehmen. Die Gruppen müssen gleichfalls sämtliches Material an Setzungen, Briefkästen und Beitragsmäßen abreichen.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inhaltswortteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommerell, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Deutscher“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gleding & Reimer, G. m. b. H., Berlin S. O., Ritterstraße 7b.

Wer

verkauft

so billig?

Natürlich



Fisches Waschkleid
Neu, jugendl. Form aus dunklem, gemusterten Stoff, auf dem sich der weiße Gürtel wie die weißen Blenden und Hohlansatzverzierungen an Hals und Ärmeln außerordentl. reizvoll abheben.

350.-



Eleg. Waschkleid
aus gutem Vallvella, besonders gut wirkend durch die schmale Garnierung aus weißen Seidenstr., in vielen schönen Farben vorrätig.

595.-



Vornehm. Tuchmantel
elegante, moderne Form, in der es herrschen Modelfarbe. Sehr sport wirkt die Spitzenpartie mit ihrer fein abgesetzten Stickereiverzierung.

975.-

Königstr. 33 **Chausseestr. 113**

Wegen des erfahrungsgemäß starken Andranges auf unsere Inserat-Angebote können schriftliche Bestellungen nicht berücksichtigt werden!